

Ercheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Klammernpreis
Für 200 Bogen 1 Mk. 50 Pf. pro
Quartal.
Monats-Klammernpreis
werden bei allen deutschen Verlagsstellen
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
Königt. Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 1ten Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
betr. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Gese. 150
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Förial-Expeditionen.
New-York: Eos-Verlag, General-
druckbuchhandlung, 154 Eldridge Str.,
Philadelphia: E. DeB., 630 North
2nd Street.
London: 1189 Charlotte Str.
Chicago: A. F. Schermer, 206 Divi-
sion Street.
San Francisco: S. Eng, 418 O'Far-
rell Street.
Kopenhagen: Knudtz, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Nr. 16.

Sonntag, 5. November.

1876.

Unsere Gegner.

V.

Nachdem wir konstatiert haben, daß Herr von Unruh die heutige Vordellwirthschaft bis auf die Thaler-Laxe für Sozialismus ausgibt, und sich keine andere Gesellschaft zu denken vermag, als eine Vordellgesellschaft — ähnlich wie ein in der Kaiserne dressirter preussischer Kaiserfeldwebel sich keinen andern Staat denken kann, als einen Kaiserstaat — treten wir abermals in das Kabinett des Herrn von Unruh ein und wollen sehen, welche Ueberraschungen seine keusche Phantasie bei Behandlung dieses fighlichen Themas für uns in petto hat.

Erst eine kleine Stärkung für unsere Nase.
Und nun „rein in's Vergnügen“! Und auch nicht wieder herans, ehe wir „durch“ sind. Also:

„Sieht man die sozialdemokratische Ehe etwas näher an, so wird jeder gefittete, anständige Mensch sagen müssen, diese Art der Eheführung und Trauung ist nichts anderes als Prostitution und Concubinat. Durch solche Freiheit unter den Geschlechtern wäre die große sittliche Institution der wirklichen Ehe vernichtet, es gäbe keine wirklichen Eheleute und keine Familie mehr. Damit stürzt die allernothwendigste Grundlage des Culturstaates zusammen.“

„Mit Recht kann hier die von Brade bei einem andern Punkt aufgeworfene Frage wiederholt werden: Sind denn die 400,000 Männer, welche vor 3 Jahren Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt haben, sämtlich verrückt? und man darf noch hinzusetzen: Sind denn die Führer der Sozialdemokraten ohne Ausnahme Schwärmer (Phantasten) oder Bösewichter? Wenn sie nur etwas gesunden Menschenverstand und eine Spur von Gewissen haben, so müssen sie doch einsehen, daß solche Grundsätze über die Ehe, wirklich zur Anwendung gebracht, die heillosen Zustände herbeiführen würden. Was soll denn aus den Kindern solcher Ehen werden? Es muß hier ein Mißverständnis obwalten. Vielleicht ist es nur der Verfasser der bekannten Schrift, Brade, der so denkt und schreibt. Es ist nicht denkbar, daß die Sozialdemokraten wirklich solche unglaublichen Ziele im Auge haben.“

„Nun, auf diese sehr berechtigten Bedenken und Fragen ist die Antwort größtentheils in Aeußerungen des bekannten Sozialdemokratenführers Hasselmann enthalten, die derselbe öffentlich im Reichstage gethan hat. In der Sitzung vom 27. Januar 1876 bemerkte der Minister des Innern, die Sozialdemokraten sagten: „Vielweiberei fällt uns gar nicht ein, wir wollen nur das Band zwischen den Eheleuten so lose halten, daß es jeden Augenblick gelöst werden kann. Wir halten jede Art der Befestigung, sei es vom Staate oder vor dem Altar, für einen Zwang, der in unser System nicht paßt.“ Sodann las der Minister eine Stelle aus einem Bericht über einen Vortrag des Herrn Hasselmann vor, den derselbe über die Frauenfrage gehalten, und wonach derselbe gesagt hat:

„Die Sache verhält sich einfach so, daß die Geschlechter im Zukunftsstaate nicht mehr auf solche Weise zusammengeseßelt würden, wie heute; diese Frage würde durch den entwickelten sozialistischen oder richtiger kommunistischen Staat ganz von selbst geregelt. Heute sei die Ehe der Arbeiter nur ein Bedürfnis zur Versorgung der Kinder, die Ehe der Kapitalisten eine Vereinigung von Kapital für die Nachkommen. Im sozialistischen oder kommunistischen Staate, wo die Gesamtheit die Pflicht der Erziehung und Erhaltung der Kinder trage, wo kein Privatkapital bestehe, sondern alle Produktionsinstrumente Gemeingut seien, brauche die Frau nicht mehr aus Rücksicht auf ihre Kinder an einen Mann juristisch gefesselt zu werden.“

„Obgleich der Minister gelächelt hatte, Herr Hasselmann müsse selbst am besten wissen, ob er, der Minister, recht berichtet sei, so widersprach doch Herr Hasselmann dem Inhalte obiger Mittheilung nicht, sondern sagte nur, der Bericht sei nicht vollständig und habe die Hauptpunkte fortgelassen. Dann fuhr er fort:

„Heutzutage existire für die Arbeiter gewissermaßen keine Ehe aus dem Grunde der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, weil dadurch das Familienleben zerrissen werde. Als Schluß, sagt er, habe ich damals hieran die Folgerung geknüpft, so weit ich mich entsinne, daß wir nicht eine juristische Ehe haben wollten, welche zu gleicher Zeit thatsächlich durch die sozialen Verhältnisse keine Ehe, vielmehr eine Scheinehe sei, sondern ein moralisches Band.“

Hieraus geht klar hervor, daß Brade in seiner Schrift leidendweges über die anerkannten Grundsätze und Bestrebungen der Sozialdemokraten hinausgegangen oder gar auf eigene Rechnung Neues und Unerhörtes hinzugefügt hat. Im Gegentheil bestätigten die Aussprüche Hasselmann's im Reichstage nicht nur jeden Punkt der Brade'schen Schrift, sondern gehen darüber hinaus, indem sie klar und deutlich sagen, was Brade wohl aus Rücksicht auf die Wähler theils verschweigt, theils verbunkelt. Hasselmann spricht bestimmt aus, daß in dem sozialdemokratischen Staate kein Privatkapital bestehen solle, es also nur auf Scherz oder Täuschung beruhe, daß Rothschild und Anderen ihre Milliarden oder Millionen gelassen werden sollen; ferner daß künftig keine Ehe juristisch abgeschlossen werden darf, d. h. daß ebensowohl die jetzige Civilehe, als die kirchliche Trauung abzuschaffen sind, und endlich, daß die Erziehung und Erhaltung der Kinder den Eltern ganz abgenommen werden, und diese heilige Pflicht auf die Gesamtheit, d. h. den Staat übergehen sollte.

„Das heiligste Band der Familie, die Sorge für die Kinder,

großen Findelhanse gemacht. Die Eltern haben keinen Anspruch auf die Liebe und Anhänglichkeit ihrer Kinder, die den Eltern dann nichts mehr verdanken, sondern nur die Produkte ihrer Volkstugend sind. Die gegenseitige Liebe und Achtung zwischen Eltern und Kindern hat ein Ende. Auf die Pflege durch die eigenen, selbst erzeugten Kinder der alt und krank gewordenen Eltern wird einfach verzichtet. Jeder Anspruch darauf verschwindet dadurch, daß nicht mehr den Eltern, sondern dem Staat die Sorge für die Kinder obliegt. Sämtliche Ehen sind so gut wie kinderlos und sämtliche Kinder sind Waisen, die der Staat durch seine Beamten erzieht. Damit ist die Familie, das sittliche Fundament des Staates zerstört.“

„Wenn dennoch die Sozialdemokraten behaupten, daß ihre, weder vor dem Staate, noch dem Altar geschlossene, jederzeit trennbare Ehe, die mit Kindererziehung gar nichts mehr zu thun hat, sittlicher, moralischer sei als die jetzige Ehe, so ist das entweder offenbare Phantasterei oder Frechheit. Man sage nicht, die Gesamtheit d. h. der Staat werde es ja den Eltern nicht verwehren, daß sie ihre Kinder selbst erziehen. Es hieße von der sittlichen Kraft des Arbeiters zu viel erwarten, freiwillig selbst für seine Kinder zu sorgen, wenn dem Staat die Verpflichtung obliegt. Vor allem kann dort, wo Mann und Frau täglich beliebig auseinander laufen dürfen, ohne sich um die Kinder zu kümmern, von Kindererziehung durch die Eltern nicht die Rede sein. Frauen- und Kinderarbeit in Familien ist allerdings dem Familienleben nachtheilig, aber daraus würde doch nur folgen, daß die Beschäftigung verheiratheter Frauen und der Kinder unter einem gewissen Alter entweder verboten oder gesetzlich möglichst beschränkt werden muß, wie ja theilweise schon geschehen ist. Sagen einzelne Fabrikanten, ihr Fabrikzweig könne ohne Frauen- und Kinderarbeit nicht bestehen, nicht mit dem Auslande concurriren, so ist darauf gar nichts zu geben. Mag dieser Theil der Industrie untergehen, es ist daran nicht viel gelegen, sofern die Frauen und Kinder anderweit ernährt werden können. Gesetzlich zugelassen kann Frauen- und Kinderarbeit nur werden im Interesse der Frauen und Kinder, nicht in dem der Fabrikanten. Das Geschrei der Sozialdemokraten gegen Frauenarbeit steht übrigens im Widerspruch mit ihrem Hauptgrundsatze, daß in ihrem Staate Jeder arbeiten soll. Wollen sie diesen obersten Satz auf gesunde, sogar auch auf kinderlose Frauen nicht angewendet wissen? Weshalb sollen solche Frauen nicht außer dem Hause für Lohn arbeiten, wenn ihnen nur Zeit zur Besorgung ihrer Haushaltung bleibt?“

„Um der Frauen- und Kinderarbeit willen die Ehe abschaffen, heißt das Kind mit dem Bade ausschütten oder ist nichts als Heuchelei! Abgeschafft aber ist die wirkliche Ehe, wenn dieselbe ohne jede staatliche oder kirchliche Formalität jederzeit abgeschlossen und jederzeit beliebig wieder aufgehoben werden kann, wie die Sozialisten verlangen. Diese gehen darin noch weiter, als die erste französische Revolution in der Zeit ihrer größten Wuth und Tollheit. Bekanntlich konnten damals Ehen auf eine gewisse Zeit abgeschlossen werden. Eine wiipige Tänzerin nannte diese Art von Ehen das Sakrament des Ehebruchs. Immerhin verpflichteten sich doch die Eheleute auf eine bestimmte Zeit. Die sozialdemokratische Ehe kennt auch diese Schranke nicht, man kann heute Abend heirathen und morgen früh sich wieder trennen. Das heißt die Ehe in Prostitution verwandeln.“

„Verwandeln“? Wenn wir die Prostitution wollten, dann hätten wir die heutige Ehe, nebst dem, was drum und dran hängt, nicht zu „verwandeln“, sondern einfach zu konserviren — und mit Hrn. von Unruh gemeinsame Sache zu machen. Doch lassen wir das — das Kapitel ist zu Ende. Gott sei Dank — in unserer Nase Bedrängniß vergessen wir unser Heidenthum! — Gott sei Dank — das wäre überstanden! Wahrhaftig, Herr von Unruh, Sie kennen das Vordellweinen aus dem H! Hut ob vor dieser Bethätigung Ihres Wissens. Eine andere werden wir nicht zu verzeichnen haben.

Doch es ist spät geworden — die Masse der von Ihnen gebotenen — Saubereiten war so groß, so überwältigend groß, ein wahrer embarras de richesses, ein erdrückender Reichthum von reinlichen Erzeugnissen Ihrer reinlichen Phantasie. Drum für heut nur ein paar Worte.

Sie citiren eine Bemerkung Hasselmann's gegen die famose Eulenburgdiode. Und, werther Herr v. Unruh, Sie citiren nicht ganz richtig! Hätten Sie nach dem stenographischen Bericht citirt, statt willkürlich den Text nach Ihrer Bequemlichkeit zu rechtzufuteln, so würden Sie, oder vielmehr Ihre Leser — denn Sie wissen es ja ohnedies — gefunden haben, daß es eine falsche Behauptung ist, Hasselmann habe dem Inhalte der betr. Eulenburgischen Mittheilung nicht widersprochen. Allerdings widersprach Hasselmann; er sagte wörtlich zur „persönlichen Bemerkung“:

„Es wurde vorhin auf einen Vortrag zurückgegriffen, den ich in irgend einer Versammlung gehalten haben soll, wahrscheinlich um Stellung zur Frage der Ehe zu nehmen. Ich bemerke aber, daß der Bericht unmöglich vollständig sein kann, vielmehr muß unbedingt die Hauptsache (nicht Hauptpunkt, Herr v. Unruh!) dort fortgelassen sein, nämlich, daß ich erklärt habe: heutzutage existire für die Arbeiter gewissermaßen keine Ehe aus dem Grunde der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, weil dadurch das Familienleben zerrissen werde. Als Schluß habe ich damals hieran die Folgerung geknüpft, soweit ich mich entsinne, daß wir nicht eine juristische Ehe haben wollten, welche zu gleicher Zeit thatsächlich durch die sozialen Verhältnisse keine Ehe, vielmehr eine Scheinehe sei, sondern ein moralisches Band.“

geben hat, aber nicht ganz so. Und die kleine Verschiedenheit macht einen großen Unterschied. Nach Herrn v. Unruh's Version hat Hasselmann die Mittheilung Eulenburg's bloß vervollständigt, „wider sprach er ihr nicht“; nach dem stenographischen Bericht widersprach er ihr, denn das brauchen wir doch wohl dem Herrn v. Unruh nicht erst durch längere Ausführung begreiflich zu machen, daß ein Bericht, in dem die Hauptsache fehlt, kein wahrheitsgetreuer Bericht ist. Oder Herr v. Unruh, klammern Sie sich etwa bloß an das „wider sprach“? Weil Hasselmann nicht ausdrücklich gesagt hat, die Mittheilung Eulenburg's sei unrichtig? Das wäre doch Ihrer — wir hätten fast gesagt, nicht würdig. Es kann Ihnen unmöglich entgangen sein, daß Hasselmann's wirkliche Aeußerung: „wegen der Frauen- und Kinderarbeit existire heute für den Arbeiter gewissermaßen keine Ehe“ im schärfsten Widerspruch steht mit der Eulenburg'schen „Mittheilung“: „Heute sei die Ehe der Arbeiter nur ein Bedürfnis zur Versorgung der Kinder“ — die der Arbeiter nicht versorgen kann.

Nun, die Sache ist ziemlich unwichtig — auch die Eulenburg'sche „Mittheilung“, des Reporterblödsinns entkleidet, können wir getrost acceptiren. Wir wollten bloß unsere Gegner ein wenig kennzeichnen. Auch wo kein besonderer Grund vorhanden ist, muß die Wahrheit einige Haare lassen. „A Bissle Fälschung is allweil dabei“. Mitunter „a Bissle“ viel!

Und jetzt, Herr von Unruh, halten wir es nicht länger aus. Wir müssen in die frische Luft, um den penetranten Vordell-dunst, welcher in Ihrem Cabinet herrscht, aus Nase und Kleibern zu bringen. Puh!!

Adieu, Herr v. Unruh.
Das nächste mal bringen wir das crasthafte Instrument mit. Auf Wiedersehen, Herr v. Unruh!

Das Geld.

Von Adolf Dostal.

II.

Das Geld hat drei nothwendige Bestimmungen, 1. ein Werthmaß, 2. ein Stellvertreter von Werthen, und 3. selbst ein Gleichwerth zu sein. Als Werthmaß wirkt es wie ein Längenmaß, Hohlmaß oder Gewicht, es zeigt an, wie viel Werth dagegen eingetauscht werden kann, muß also in größere und kleinere Werthzeichen getheilt sein; als Stellvertreter von Werth muß es gesetzlich verordnet sein, damit es in weitesten Kreisen gelte; als Selbstwerth muß es vor Entwerthung gesichert sein, es muß allzeit wirklich dasselbe gelten, weil es ein Gebrauchswerth ist, oder werden kann, oder dafür ausgetauscht werden kann. In der Marx'schen Bestimmung, daß das Geld die allgemeine Waare sei, sind alle drei Bestimmungen verthüllt enthalten.

Nicht alles Geld aber erfüllt alle drei Bestimmungen gleich gut. Die Kunzi-Muscheln, welche in Inner-Afrika und sonst als Kleingeld dienen, erfüllen alle drei ziemlich schlecht. Da jede einzelne nur einen sehr geringen Werth misst und vertritt, man aber nicht viele zugleich mitzuschleppen kann, so wächst ihr Werth von der Bezugsquelle an der Küste bis in's Innere des Landes sehr rasch; sie sind also nicht auf größere Strecken hin gleichwerthig, der Handel wird durch sie erschwert. Weit besser erfüllt das Metallgeld, welches am längsten und weitesten gebräuchlich gewesen ist, diese Bestimmungen, zumal wenn es für die größeren Werthstücke auf Gold, für die kleineren auf Silber und Kupfer beschränkt ist. Es hat den Vorzug, sehr theilbar zu sein, sich schwer abzunutzen, einer nur langsamen Entwerthung ausgesetzt zu sein, schwer verfälscht werden zu können und läßt sich auch in großen Summen ziemlich leicht verladen und fortschaffen. Es hat aber sehr große Nachtheile im Gefolge.

Der geringste davon ist noch der, daß jedes Geldstück ein gesetzlicher Stellvertreter von Gleichwerth bloß in demjenigen Lande ist, wo es geprägt wurde, also in andern Ländern gegen dortiges Geld mit einigen Verluste umgetauscht werden muß; dieser Nachtheil läßt sich durch Staatsverträge ganz verhüten, durch welche Münzen von bestimmtem Gehalt an Edelmetall (und mit Bezeichnung des Werthes in mehreren Sprachen und Münzsorten) in allen vereinten Staaten gleichgelten. Ein größerer Nachtheil ist schon das Gewicht dieses Geldes, welches bei Versendung großer Summen bedeutende Kosten macht. Noch größer ist der Nachtheil, daß die sichere Verwahrung desselben gegen Diebstahl, Feuer und Seegefahr kostspielig und der Verlust kaum je ganz zu vermeiden ist; wozu dann noch kommt, daß selbst eine geringe Abnutzung eines für so werthvoll geltenden Stoffes beim Umlauf jedem Staate ansehnliche Summen kostet. Diese Nachtheile haben denn schon seit Jahrhunderten zu der Erfindung von Stellvertretern des Geldes geführt, als da sind Wechselbriefe, Anweisungen, offene Kreditbriefe und Banknoten, welche verloren gehen mögen, ohne daß der Werth verloren geht, und welche leicht beweglich sind. Daß die Masse vorhandenen Edelmetalls nicht nach Bedürfnis vermehrt werden kann, weil es selten ist, dieser schwerwiegende Nachtheil ist ebenfalls durch eine Erfindung von Stellvertretern aufgewogen worden, die der Papiergelde, deren Umlauf sich freilich auf das Staatsgebiet beschränkt, welches sie gedruckt oder zu drucken gestattet hat. Die Papiergelde haben massenhaften Schaden gestiftet durch theilweise oder gänzliche Entwerthung; das hat nicht hindern können, daß sie andererseits wieder große Dienste geleistet haben, Staaten vor dem Untergange haben retten helfen u. s. w. wovon wir noch weiter zu sprechen haben werden. Sie sind aber unter heutigen Verhältnissen ein weit überwiegendes Uebel. Denn erstens muß zur Deckung der umlaufenden ein gleicher oder

gelegt werden; wenn dies geschieht, so ist keine Vermehrung der Umlaufmittel nach Bedürfnis gewonnen, vielmehr das umlaufende Gold seltener, also theurer geworden; wenn aber bloß ein Bruchtheil des umlaufenden Papiergeldes durch Gold in den Bankgewölben gesichert ist, so kann bei einem allgemeinen Anlauf auf die Bank nicht alles Papiergeld eingelöst werden, und es bricht entweder die Bank, so daß die Papierinhaber verlieren, oder sie stellt die Baarzahlung zeitweilig ein, und das Papiergeld sinkt im Werthe und zwar oft bedeutend. Der allergrößte Nachtheil bleibt aber die läghafte Natur dieses Geldes, und das damit verbundene Vorrecht.

Es ist ja eben nicht zu allen Zeiten einlösbar, obwohl es das schwarz auf weiß verspricht; es ist also eine vom Staat erlaubte Lüge, die auch dem Dummsten einleuchtet, der da weiß, daß in der Bank weniger Gold ist, als sie Papier umlaufend hat. Das Mißtrauen des Volkes also gegen den Staat, welcher diese Lüge erlaubt oder wohl gar selbst verübt, ist gerechtfertigt und muß das sittliche Band zwischen beiden lockern, wenn nicht zerstören. Nur eine von zwei Auffassungen ist möglich: Entweder ist das Geld eine Naturmacht, gehorcht ausschließlich Naturgesetzen; dann ist der Staat, welcher etwas Anderes als Naturgeld erlaubt, ein Fälscher oder Fehler von Fälschern; oder das Geld ist eine staatliche, künstliche Macht und gehorcht Staatsgesetzen; dann ist der Staat, welcher den Werth des Geldes von Naturgesetzen, die er nicht beherrschen kann, abhängig macht, ein mit den zufälligen Geldbesitzern gegen das Volk verschwornener Betrüger. So urtheilt der gemeine Mann, wenn er denken kann.

Vom sittlichen Gesichtspunkte aus — das ahnt oder weiß fast Jedermann — dürfte es also entweder bloß Naturgeld geben, Hartgeld, und keinen Stellvertreter desselben, welcher der theilweisen oder gänzlichen Entwerthung ausgesetzt ist; oder bloß künstliches Geld, welches allein durch das Gesetz seinen Werth erhält und bewahrt. Es dürfte kein in Hartgeld einlösliches Papiergeld geben, welches nothwendig Betrug in sich schließt, zu allerhand Betrug einladet und einer Klasse von Geldbesitzern das Vorrecht giebt, das Volk zu besteuern, ja wohl obendrein zu beschwindeln. Welche von beiden Arten Geld aber vorzuziehen sei, das natürliche, oder das künstliche, bleibt nun zu untersuchen. Bevor wir das aber thun, ist zu erwähnen, daß an der Durchführbarkeit eines rein künstlichen Geldes die Erfahrung keinen Zweifel gelassen hat, wenigstens innerhalb jedes einzelnen Staates. Es haben dies lange Jahre hindurch Frankreich, England, Rußland, Oestreich und die Vereinigten Staaten bewährt, und es kann bewiesen werden, daß in jedem der genannten Fälle die theilweise Entwerthung des Papiergeldes die Folge davon war, daß neben demselben noch das Hartgeld geduldet, und die Rückkehr zur Hartgeldwährung in Aussicht gestellt wurde. Diesen Beweis führen wir ein anderes Mal und fragen, ob angesichts dieser Erfahrung die Staaten eine Entschuldigung haben, wenn sie zum Geldstoffe ein kostspieliges Edelmetall wählen, welches sie durch ihre starke Nachfrage obendrein unthätig vertheuern, während sie denselben Zweck mit dem allerbilligsten Goldstoffe erreichen und dadurch den Geldmarkt — wenigstens daheim — völlig beherrschen könnten.

Denn daß Gold und Silber außerordentlich durch die starke Nachfrage der Regierungen-Münzstätten darnach zum Zwecke des Geldprägens vertheuert worden, ist gewiß. Es giebt sehr wenig Zwecke, zu welchen gerade diese Metalle verwendbar sind, und noch viel weniger, zu denen sie unentbehrlich sind. Blicke es also bei der natürlichen Nachfrage, so würden sie in denjenigen geringen Mengen erzeugt werden, welche mit leichter Mühe aus dem Flußlande gewaschen, oder aus oberflächlichen Gruben, welche gewöhnlich die reichste Ausbeute liefern, gewonnen werden. Und da die Aufbereitung gerade der Edelmetalle die leichteste und weit weniger mühsam, als die der andern Metalle ist, so würden sie ungefähr so billig sein, als sie bei der Entdeckung Mexikos und Perus dort gefunden wurden. Seitdem Frankreich und Deutschland das Prägen größerer Silbermünzen eingestellt haben, ist der Marktpreis des Silbers um etwa 20 Prozent gefallen; sollte vollends in China, Japan und Ostindien mit ihren 700 Millionen Bevölkerung, welche nur Silbermünzen in Zahlung nehmen, die Goldwährung gesetzlich werden, so ist Alles darauf zu wetten, daß das Silber bis etwa auf den Preis des Kupfers fallen, das Gold freilich um ebensoviele steigen würde. Es hat also lediglich die starke Nachfrage behufs des Prägens die seltenen Metalle außerordentlich vertheuert, wozu die Wahrnehmung der Volksmassen, daß das Hartgeld eine werthvollere Waare als jede andere sei, da sie überall und immer Kaufkraft hat, viel beitrug. Von da an wurden diese Metalle mit immer mehr Aufwand von Mühe gesucht, besonders da sie in fernen, wüsten, noch unangebauten Gegenden gesucht werden mußten, so daß sie also mehr Arbeitszeit verkörperten. Wenn es noch eines weiteren Beweises hierfür bedürfte, so genügt der Hinweis auf den Preisunterschied zwischen Gold, Platina, Silber, Kupfer und Eisen. Es giebt keinen andern Erklärungsgrund, weshalb Pla-

tina fünfmal billiger sein sollte als Gold, während es doch weit seltener ist als dieses, als den einen Grund, daß keine Münzen daraus geprägt werden; denn es hat mindestens ebensoviele werthvolle Eigenschaften als dieses. Und weshalb sollte Silber fünfzehn bis zwanzig Male billiger sein als Gold? Kann Jemand nachweisen, daß es um 15—20 Male häufiger, oder leichter zu gewinnen, oder an werthvollen Eigenschaften ärmer ist? Es wäre ein schwerer Wert, zumal das Gegenheil der letzteren Gründe auf der Hand liegt. Der wahre Erklärungsgrund liegt darin, daß das Gold, weil schwerer zu fälschen, für die werthvolleren Münzen vorgezogen wurde. Und warum sollte hinwieder Kupfer, das fast so selten als Silber ist, fünf bis zehnmal billiger als dieses und hundertmal billiger als Gold sein, Eisen aber, das nächstste und schwerst zu gewinnende, wenn auch häufigste Metall, gerade 500 oder mehr mal billiger sein als Gold? Bloß weil jenes zum Prägen nur wenig, dieses gar nicht geeignet war, solange Fälschung schwer zu entdecken blieb.

Der weit übertriebene Werth des Goldes und Silbers also beruht lediglich in der Einbildung, welche aber, gerade wie die Religion, den Kulturvölkern zur andern Natur geworden ist. Er hat bloß insofern eine vernünftige Begründung, als Geld überhaupt eine bequemere, vortheilhaftere Waare denn jede andere ist, da es gegen Alles leichter ausgetauscht werden kann. Papiergeld aber thut ganz dieselben Dienste, und somit ist der Mamon-Dienst, jene wahnsinnige Anbetung des Goldes, an welcher unsere Zeit so schwer krank, durch die Staaten verschuldet, welche den Werth des Geldes auf den Goldstoff begründeten und diesen schädlichen und schändlichen Aberglauben nicht bekämpfen, weil sie eben keine Volksherrschaften sind. Wenn sie im Stande gewesen und noch sind, dem Golde einen Werth zu verleihen, den es an sich nicht hat, warum sollten sie außer Stande sein, dem von ihnen als allein erlaubtes Geld geschaffenen Papiergelde einen beliebigen Werth zu verleihen?

Sozialpolitische Uebersicht.

— Er hat noch nicht geklagt (die gegen den bisherigen Redakteur der „Reichsglocke“ anhängig gemachte Anklage hat mit der 1 Millionen-Sache nichts zu thun, sondern betrifft irrelevante Punkte); in Folge dessen wird JHM von der „Reichsglocke“ folgende Mahnung in die Ohren geschellt (Nr. 44): „An dem Fürsten Reichskanzler ist es jetzt, im Interesse seiner eigenen Person, seiner Stellung und des deutschen Volkes so schnell als möglich eine Anklage wegen Verleumdung gegen die „Reichsglocke“ (Nr. 40 und 41 vom 1. und 8. Oktober cr.) und den Herrn v. Dietz zu erheben, um in öffentlicher Gerichtsverhandlung seine Integrität darzutun. Als Diener Sr. Majestät, als Soldat und als Kanzler der deutschen Nation ist er dazu verpflichtet. Wir würden mit großem Jubel den Tag begrüßen, wo das gewedte Mißtrauen wieder verschwinden wird; wir würden aber auch nicht zittern, wenn Deutschland das Schauspiel erleben sollte, daß seine ersten Staatsmänner unter den Händen der berüchtigten Gründerjuden — Gründergenossen geworden sind. Nur die freie, unverfälschte Wahrheit kann uns nähern, und das Erkennen unserer großen Schmach wird uns erst den Weg öffnen zur Rückkehr besserer Zustände auf sittlicher Basis.“ — Die Anklage, von der Fürst Bismarck sich reinigen soll, läuft bekanntlich darauf hinaus, daß er seinen Einfluß als Staatsminister zur Förderung einer Gründung mißbraucht und sich dafür in einem bestimmten Fall eine Million Thaler habe zahlen lassen. Wir wollen sehen, ob die furchtbaren moralischen Verbrechen der „Reichsglocke“ den Fürsten Reichskanzler aus seinem hartnäckigen Schwärze heraus treiben werden, constatieren aber einstweilen bei dieser Gelegenheit, daß die liberale Presse fast ausnahmslos — außer der „Deutschen allg. Zeitung“ — keinen wir kein nationalliberales Blatt, das die Affaire erwähnt hätte — die schwere, wir können wohl sagen beispiellose Anklage gegen den Fürsten Bismarck ebenso hartnäckig todzuschweigen sucht, wie dieser selbst schweigt. Das zeigt, welche Moralbegriffe unser Liberalismus hat. — Erwähnt sei noch, daß Graf Armin die Absicht haben soll, den Fürsten Bismarck wegen verschiedener Aussagen desselben im letzten Prozeß auf Verleumdung zu verklagen.

— Rechtsstaatliche Freizügigkeit. Die „Chemnitzer freie Presse“ berichtet: „Die unieren Lesern bekannt, wurde unser Genosse Kobleder vor einiger Zeit aus Frankenberg ausgewiesen. Derselbe wollte sich in Folge dessen in dem nahe gelegenen Sachsenburg niederlassen. Die Niederlassung wurde ihm unter der Bedingung gestattet, daß er einen Verhaltsschein beibringe, dessen Ausstellung er bei der Frankenberg-Behörde beantragte. Ein Tag verging nach dem andern, ohne daß dieser Schein eintraf. Kobleder ließ sich deshalb durch eine dritte Person nach dem Grunde der Verzögerung erkundigen. Dieser

Ja, der Liberale darf diese Besideuten nicht sehen, die den Volkstörper zerlegen, seine Säfte vergiften. Und er schreit und schreibt: Tod und Verderben der Hand, die da kräftigen und heilen will.“

Mit Wohlbehagen betrachtet er still die Entwicklung der zwei Ragen, der „Hungrigen“ und der „Satten“, der Unzufriedenen und der Behaglichen.

Da erwacht plötzlich, wie aus bösem Traum, sein Gewissen; aber — er darf es nicht zugestehen, daß Vieles im Argen sei. Und weil sein eigener Witz zu arm um ihn selbst zu trösten, greift er in das Arsenal der Herren Schuster und Graf Eulenburg. Citate aus des Letzteren bekannter Rede und aus des Abgeordneten Haffelmann's Erwiderung über Ehe, Familie und Kinderarbeit müssen den letzten Teig zum Pfaster liefern, so daß er in folgendem Sinn prophetisch schließen kann:

„Also nur Scherz oder Täuschung, daß Rothschild und Andern ihre Milliarden gelassen werden; im sozialistischen Staate kein Privatkapital, keine kirchliche Ehe, keine civile!“ (Fürchterlich!) „Keine privaten Erhaltung- und Erziehungszorgern der Eltern, die Gesamtheit soll diese heilige Pflicht zu erfüllen haben! Der Staat ein einziges großes Findelhaus! Kein Anspruch auf Liebe und Anhänglichkeit der Kinder mehr, diese nur die Produkte der Volkst, verlieren das Gefühl der Dankbarkeit gegen alt und krank gewordene Eltern!“ (Hu wie türkisch!) „Sämtliche Ehen kinderlos, sämtliche Kinder Waisen!“ — Phantasterei und Frechheit nur behaupten das Gegenteil! Dem Staate die Verpflichtung der Kindererziehung überlassen, heißt von der sittlichen Kraft des Arbeiters zu viel erwarten (hört, hört!), freiwillig, selbst wird er dann nicht für seine Kinder sorgen!“ (Ha, wie logisch!)

Im tollen Jagen stößt endlich das zermartete Gehirn auf die Frauen- und Kinderarbeit, als Nachtheil für das Familienleben; dann folgt die Getröstung auf gesetzliche Beschränkung und ein Purzelbaum gegen die Fabrikanten, an deren Industrie nicht viel gelegen sei, wenn sie Frauen- und Kinderarbeit zur Erhaltung brauche. Sodann sieht unter großer Belehrung im sozialistischen Staate

Berlin wurde eröffnet, daß A. einen Verhaltsschein nicht brauche, es würde ihm auch, wenn er seine Arbeit hin und wieder in Frankenberg besorgen wolle, nichts in den Weg gelegt werden. A. magte in Folge dessen selbst einmal nach Frankenberg zu gehen und sich darüber zu informieren, warum ihm die Ausstellung eines Verhaltsscheins verweigert werde. Auf der Polizei wurde ihm zugleich eröffnet, daß das Ministerium seine Ausweisung bestätigt habe. Nachdem dies geschehen, wurde er an das Gerichtamt abgeliefert und wegen verbotswidrigen Betretens der Stadt zwei Tage eingesperrt und nach Verbüßung der „Strafe“, mit einem Zwangsbah versehen, in seine Heimath gewiesen. Einen Kommentar zu diesem Verfahren wollen sich unsere Leser selbst machen.“

— Wer die Wahrheit sagt, wird bestraft — mitunter wenigstens in Deutschland. So z. B. wird das Schwurgericht von Mittelfranken in seiner nächsten Session über den Redakteur des „Nürnberger Anzeiger“ aburtheilen, der eine Reihe von Artikeln über die Gemeindekasse von Bamberg veröffentlicht hat. In den Artikeln wurde behauptet, daß die Kasse nicht richtig verwaltet würde, und eine Untersuchung, die in Folge dieser Artikel angestrengt wurde, ergab ein Defizit von 60,000 Gulden. Zwei Beamte, denen dies Defizit zur Last fiel, sind von den Geschwornen schuldig gesprochen und hinter Schloß und Riegel gesperrt worden. Der „Nürnberger Anzeiger“ hat somit die Commune Bamberg vor einem noch größeren Defizit bewahrt. Um nun dies Verdienst nach „deutscher Sitte“ zu belohnen, hat der Bürgermeister von Bamberg gegen den „Nürnberger Anzeiger“ einen Strafantrag wegen „Beleidigung“ gestellt, und die Gerichte werden diesem Antrage vielleicht auch „gerecht“ werden — warum sollen sie nicht? Die Wahrheit ist ein Gericht, das mit Vorsicht servirt und genossen werden muß — nicht wahr, ihr Herren?

— Was unsere Gegner im Lügen leisten, zeigt der Hamburger „Volkfreund“. In seiner letzten Nummer druckte derselbe einen Artikel des Bräuer'schen Idiotenblattes, des angeblich einzig wahren „Sozialdemokrat“ nach und fügt dann folgende eigene Weisheit hinzu:

„Vom materiellen Standpunkte aus könnte man wohl Leute wie Liebknecht, Hafenclever, Auer u. s. w. beneiden. So hat z. B. der Letztere als Mitredakteur des „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ M. 195 —, als Mitglied des Central-Vereins M. 150 —, also zusammen M. 345 festes Einkommen pr. Monat, welches, abgesehen von sonstigen Nebeneinkünften, pr. Jahr das nette Sümmechen von M. 4140 ergibt.“

Allerdings ein „nettes Sümmechen“! bemerkt dazu das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“. Dabei läuft nur die nette Lüge mit unter, daß Auer Mitredakteur unseres Blattes sei. Er ist es niemals gewesen, und ist es auch heute nicht. Auch ein „Central-Vereinsmitglied“ giebt es nicht, sondern nur ein Central-Wahlcomité, dessen Sekretär Auer ist und als welcher er monatlich Mark 150 bezieht. Die anderen 195 Mark sind hinzugezogen von den fünf Scheerenhelden, die unlängst in einem Circular ganz Deutschland angebettelt, dabei wahrscheinlich Nichts erhalten haben und deshalb eine so grimme Wuth über die Gehälter unserer Redakteure zur Schau tragen. Leute, welche, um uns anzugreifen zu können, solch infame Lügen schmieden müssen, nennen uns dann:

„Politische Komdbianten, die auf gute Einnahmen spekuliren für die schwindelhaften Schauspielungen, welche sie dem Arbeiter für sein gutes Geld bieten.“

Man schließe aus der Größe der Lüge auf die Größe der Frechheit. Solche Sippchaft ist uns nicht einmal anständig genug, um sie zu verklagen und den Strohhalm, hinter welchem sie sich verschanzten, auf einige Wochen in's Gefängniß zu bringen.

— Stieber an der Arbeit. Aus dem katholischen Wunder- und Wallfahrtsort Marpingen berichten „liberale“ Blätter mit großem Jubel eine rettende That, welche die Berliner Geheimpolizei dort ausgeführt hat. Das Städtlein erinnert lebhaft an die bekannte Affaire, die Herr Stieber selbst vor dreißig Jahren als „Maler Schmidt“ in Schlesien gegen den Communisten Schöffel und den Lehrer Wander aufsuchte — seine erste Polizeithat, die wir gelegentlich einmal in's Gedächtniß der jungen Generation zurückrufen werden. Ein Geheimpolizist kommt von Berlin nach Marpingen und giebt sich für einen frommen Katholiken aus Irland aus; seine mit großer Geschicklichkeit gefälschten Papiere legitimiren ihn als solchen. Er spricht nur englisch und logirt sich bei einem Wirthe ein, dessen Sohn in Amerika ist. Er hat viel Geld, ist sehr fromm und spendet der wunderthätigen Madonna ein schönes neues Kleid, spricht auch von Erbauung einer Kapelle und von Ankauf des Gnadenortes, um ihn der Gemeinde zu schenken. Man legt

„außer dem Hause für Lohn arbeitende Frauen. Sie sagen doch, — ruft er — daß in ihrem Staate Jeder arbeiten soll. Wollen sie diesen Satz auf gesunde, sogar auch auf kinderlose Frauen nicht angewendet wissen? Wenn ihnen nur Zeit zur Besorgung ihrer Haushaltung bleibt?“

Und endlich schließt er mit dem besten seiner Witze:

„Uebertroffen von den Sozialdemokraten wird die Wuth und Tollheit der französischen Revolution. Nicht einmal Eheschluß auf eine gewisse Zeit; heute Abend heirathen, morgen früh sich wieder trennen!“

Genug! Genug! Was der Märtyrer seiner Bornirtheit bei dieser Ausgeburt schiffbrüchig gewordener „Wissenschafterei“ auch gelitten haben mag, wir können es ihm nicht ersparen, ihn vor den Spiegel zu führen und ihn einzuladen, herzlich zu lachen über diesen Jammermann.

Gleich dem Colos von Rhodus, so steht er da, unser lustiger Polemiker mit der ersten Physiognomie. Den einen Fuß auf der Schaktrübe der heutigen Gesellschaft, den anderen auf dem hohen Boden seiner hinverbrannten Phantasie, das schwere Denkerhaupt dem brandenden Sturme unserer sozialistischen Bewegung zugewendet, so erblickt er im sozialistischen Staat Arbeiter (Ausgebentete) im heiligen Sinn, die ihre Kinder versorgen, Eltern, die von diesen im Alter das Gnadenbrot essen sollen — die Idee der Solidarität ist ihm ein unfassbares Wahngelbild. Angstbetäubt von dem Trommelwirbel „zur Wahl“, ruft er zeternd: „Nachbarin euer Häshchen!“ — Der Duft des Eigendunkels kann ihn jedoch nicht vor dem Fall bewahren und unter ungeheurer Heiterkeit versinkt er in das graue Meer der ihn verblüthenden Unwissenheit. — Das sind die Heiden, mit denen wir uns hier zu schlagen alle Tage Gelegenheit, doch nicht die Mäse haben. Heute mag geschehen sein, den Sozialisten und dem denkenden Volk zur Anregung und Erheiterung, dem unwissenden Prahler zur Nüchternung. Und nun: — „Geh' in ein Kloster Duhellia!“

Ein nationalliberales Guckkastenbild.

(Schluß.)

„Das Erlöschen der Liebe soll ein hinreichender Scheidungsgrund sein. — Prostitution und Concubinat also aufhören, — den so Geschiedenen soll eine andere Ehe möglich sein und dann wechselt man die Weiber, wie seine Wäsche, bloß mit dem Unterschiede, daß man die ersten prügelt und zum Hause hinauswirft, weil damit die Ehe — nach muhamedanischen Gesetzen — am erfolgreichsten gelöst ist! — Bestituzung und Anstand werden diese Art sozialdemokratischer Ehe als den Zusammenbruch der großen sittlichen Institution der wirklichen Ehe bekämpfen und als Fuchtellosigkeit brandmarken!“

Wahrlich Gewatter, in diesem Sinne steht es da zu lesen, zwei große Spalten lang, und nun denkt Euch die Schandwirthschaft der Türken hinübergetragen in's deutsche Vaterland! — Haben wir hier denn nicht schon genug der — ?

Ja! — Das ist das Ideal der „freien Liebe“, wie es sich in dem Schädel eines ächten Bourgeois nur abspiegeln kann. Wir lassen seine staunreichen Combinationen und die edle Form der Betrachtungen für sich selber reden. „Der Mann ist sein Stuhl“ und wir bliden mitleidig lächelnd in das Duster seiner ausgeblasenen Allwissenheit. Es lohnte nicht der Mühe, einem solchen Verehrer der Knechtlichkeit von der Erziehung zur Freiheit zu reden, zu reden von der sozialistischen Gesellschaftsordnung, von den Regeln der Tugend und Sittenlehre, von dem Wegfall der ökonomischen Kesseln, welche die heutigen Ehen schließen und zerrütten helfen. Was predigt solchen Leuten der Herfall ihrer großen und sittlichen Institution, der wirklichen Ehe? Troy Geis und Zwang das riechteste Wachsen der Ehebrüche und Scheidungen von Jahr zu Jahr; wo nicht Herrützung und Clend! — Die Ideale eines Owen und anderer Pionniere der Vernunft und Menschlichkeit kann und darf ein solches Genie nicht begreifen, sie sind ihm unverständlich und sein Penium heißt: „Nieder mit der Sozialdemokratie!“, die goldne Peitsche treibt zum Wahlkampf an.

also kein Misstrauen gegen ihn, und er wird von den Leitern der Bundeseinrichtungen in Alles eingeweiht. Am Donnerstag vor acht Tagen warf er plötzlich die Maske ab, eine große Anzahl Polizisten erschienen und hielten unter seiner Leitung Hausdurchsuchungen in Marpingen und in den Nachbarorten. Viel scheint man nicht gefunden zu haben: ein Blatt Bericht von Beschlagnahme einer Seite mit aus dem Gnadenborn gefällten Klatschen! Ob der Erfolg diesen Aufwand an Geld und — staatsretterischer Heuchelei gerechtfertigt hat, scheint somit noch sehr fraglich zu sein.

Der internationale Arbeitercongrès in Bern hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die gegenseitige Anerkennung der Mittel zur Emanzipation des Proletariats eine Allen zukommende und von Allen anerkannte Pflicht ist: nimmt der Congrès an, daß die sozialistischen Arbeiter eines jeden Landes am besten verstehen, welche Propagandamittel für ihr Land die besten sein werden. Die Internationale sympathisirt mit diesen Arbeiter in allen Fällen, einzig ausgenommen den Fall der Verbindung mit irgend einer Bourgeois-Partei.“

Ueber den „Krieg im Orient“ wurde folgender Bericht abgefaßt und vom Congrès gebilligt:

„Der Klassenkampf genügt den Diplomaten nicht mehr, sie wollen sich jetzt wieder Schlachten liefern, wo Kugeln fliegen und Blut fließt, und ihre Agenten haben die Unerschämtheit, dieses Vorgehen mit der öffentlichen Meinung decken zu wollen.“

„Wir wollen diesen Agenten nicht antworten, sie sind unsere Feinde und verdienen nichts als unsere Verachtung. Aber diejenigen, die man tödten will, sind unsere Brüder. Die Landleute und Arbeiter, die man aus ihrem Wirkungskreise reißt, um mit ihrer Arbeit und ihrem Blute die Thorheiten der Könige zu bezahlen, Alle diese sind gleichmäßig unsere Brüder, welche wir herzlich bemitleiden.“

„Inmitten all' dieses Lügenwustes, der die Welt erfüllt, haben wir einfach ein Wort der Wahrheit auszusprechen: So Viele haben sich schon geopfert in diesem Kriege; wir haben die Anderen zu warnen, daß sie sich nicht auch dupiren lassen.“

„Vor Allem warnen wir die Arbeiter vor den Schmeicheleien der liberalen Parteien. Wir Arbeiter haben nur von uns selbst Rath anzunehmen — von den Heukern brauchen wir keine Rathschläge! Englische Liberale, welche wieder an's Ruden kommen wollen, schreien gewaltig über die Meucheleien in Bulgarien; aber was sagten diese „Herren“, als die Capitulant von Sedan und Reg das Pariser Volk zu Tausenden mit Nitraillanten mordeten und ganz Paris in einen Friedhof verwandelten? Damals freuten sie sich, da ergötzte sie sich an dem Geruch des Blutes. Und was sagen die russischen Liberale, welche sich gut bezahlen lassen für ihre kriegerische Bundesgenossenschaft mit ihrer Regierung? Sie haben geholfen in Warschau „Ordnung“ zu schaffen — sie konnten nur Willkür klatschen zu der Art und Weise, wie man in Paris die „Ordnung“ wieder hergestellt hat.“

„Mit welchem Rechte protestiren diese „Herren“ gegen die Grausamkeiten in Bulgarien? — Es ist doch immer die gleiche „Ordnung“: Krieg allen Freigeistigen, Friede den Schurken!“

„Aber alle Mittel sind ja gut für diejenigen, die sich vorgenommen haben, so viel Macht und Reichthum als möglich zu erobern und behalten zu wollen.“

„Die Zeitungsschreiber, die Pfaffen und Liberalen suchen das Landvolk aufzuregen, indem sie den „heiligen Krieg gegen die Türkei“ predigen. Uns Arbeiter des Abendlandes können sie nicht mit dem Christenthum ködern, aber sie appelliren an unsere Gefühle der Menschlichkeit — sie, die Bürger Polens und des Kaukasus! Von solcher Seite weisen wir diesen Appell als eine Verleumdung zurück.“

„Ja, das Blut der gemordeten Bulgaren schreit um Rache, aber wo sind die Mörder? Nicht blos in der Türkei haben wir sie zu suchen; wir sehen sie auch in der russischen Armee, die im Kaukasus die Frauen schändete, die Kinder an den Kanern zerstückelte; wir sehen sie in den Reihen der liberalen Herren, welche über die unglücklichen Opfer Krokodilstränen vergießen.“

„Alle, welche von der Arbeit Anderer leben, für die natürlich die Aufrechterhaltung der heutigen Zustände gleichbedeutend ist mit der Aufrechterhaltung der Ausbeutung des Arbeiters, alle diese orthodoxen Wülfen sind die wahren Schuldigen.“

„Die Geschichte lehrt uns zum Voraus, was von diesen russischen Kapitänen und Präfecten, die heute so freundlich auftreten, zu erwarten ist, sobald sie nur erst die christliche Verödung des Balkan von dem türkischen Joch befreit haben. Wehe Euch Befreiten! Ihr werdet dann erfahren, was das Mitleid eines befreienden Heeres werth ist; Eure neuen Herren kennen das Handwerk, und sie werden Euch zum Gehorsam zu dreschiren wissen — und wenn Ihr Euch widersetzt, so werdet Ihr sehen, ob die russischen Kanonen milder sind, als die Tischer-Lessing'schen.“

„Genossen! In dieser häßlichen, blutigen Komödie wollen wir keine Rolle übernehmen; eben weil wir die slavischen Brüder lieben, wollen wir sie nicht gegen die Türken hegen.“

„Alle, welche arbeiten und leiden, sind unsere Brüder und

alle Ausbeuter sind unsere Feinde. Begreift doch, Freunde, daß Czár und Sultan, Cüre — — —, Nichts sind, Nichts sein können, als Eure Feinde. Wenn sie sich den Krieg erklären, so geschieht es nur, um dem Volke einen „wohlthätigen“ Aderlaß zu verordnen, um Euch von Eurem Elend auf das noch größere Elend zu verweisen, das sie stiften, — mit einem Wort, um Euch von der sozialen Frage abzulenken.“

„Genossen! Lassen wir sie ihre Kriege machen und sehen wir den unsrigen fort; bleiben wir auf unserm Schlachtfelde, es ist das des Rechtes gegen das Unrecht, der Sittlichkeit gegen das Verbrechen, der Arbeit gegen den Diebstahl.“

Am 29. Oktober beschloß der Congrès, zur definitiven Lösung der Einigungsfrage im nächsten Jahre einen allgemeinen internationalen Arbeiter-Congrès abzuhalten.

Nachdem wir so den wichtigsten Beschluß mitgetheilt, wollen wir noch Einiges über Besichtigung und Constatuirung des Congrès nachtragen.

Anwesend waren 31 Delegirte und zwar 17 von der Internationalen Föderation, darunter auch einige deutsch-schweizerische, also deutscher Nationalität und mehrere, die der deutschen, wie der französischen Sprache mächtig sind; 4 aus Italien, wovon einer auch fertig französisch spricht; 2 aus Spanien; 2 Delegirte französischer Sektionen; 1 Delegirter aus Belgien, zugleich die holländischen Sektionen vertretend; 2 von Sektionen in Genf, die keiner Föderation angehören; 1 Delegirter des „Unabhängigen Sozialistenclubs“ in Genf; 1 Genosse aus Deutschland, der jedoch die dortige Partei nicht offiziell vertritt, sondern nur aus privater Initiative erschienen ist (der sozialistische Reichstagsabgeordnete Bahlteich); 1 Delegirter der Internationalen Sektion Zürich (der zugleich den Schweiz. Arbeiterbund vertritt.)

Als Vorsitzende fungirten: Müller (Elsäß), Perron (Schweiz) und Casiero (Italien). Die Verhandlungen, welche vom 26. bis zum 29. Oktober dauerten, wurden in musterger Ruhe und durchaus leidenschaftlos geführt. Im nächsten Briefe wollen wir eine Skizze davon geben.

Die entscheidende Niederlage der serbisch-russischen Armee hat den russischen Volk endlich gezwungen, den Schatzpelz abzuwerfen. Nach Empfang der Hiobsposten aus Belgrad ließ der „friedliebende“ Czár sofort an seinen Gesandten in Constantinopel telegraphiren, er solle vom Sultan einen sechs-wöchentlichen Waffenstillstand fordern, der binnen 48 Stunden zu bewilligen sei, widrigenfalls Rußland die diplomatischen Beziehungen zur Türkei abbrechen werde — was der Anfang des Krieges wäre. Die Antwort der Pforte ist heute (Donnerstag Abend) noch nicht bekannt. Wüßte Rußland nicht, daß Preußisch-Deutschland ihm den Rücken deckt — wie diesem 1870/71 von Rußland der Rücken gedekt ward — dann könnte es nicht mit dieser bodenlosen Freiheit aufzutreten wagen.

Russengrenel. Wie aus der letzten Nummer des in London in russischer Sprache erscheinenden Parteiorgans „Vorwärts“ ersichtlich ist, sind die Genossen Gamoiff, Demeter, Plotnikoff, Malinoffsky und Prochorowicz Markus im Gefängniß zu Charkoff gestorben, in welchem sie sich seit zwei Jahren in Untersuchung wegen sozialistischer Propaganda befanden.

Im Gefängniß zu Charkoff sind keine Besuche und auch keine beständige Arbeit gestattet, und die Verhafteten erhalten täglich nur dritthalb Kopelen (= 4½ kr.) aus der Staatskasse, was selbstverständlich nicht einmal genügend ist, sich mit Brod zu nähren. Eine Korrespondenz aus Petersburg bemerkt dazu: „Stellen Sie sich einen Menschen vor, der fast immer hungrig, ohne irgend welche Arbeit ist, und dem es ganz unmöglich ist, mit den Menschen zu verkehren, und Sie werden mir wohl beistimmen, daß dies eigentlich kein Leben, sondern nur ein langamer, qualvoller Todestampf ist.“

Strike der Schriftseher in Kopenhagen. In Folge der Forderung eines höheren Lohnsatzes sind Differenzen zwischen dem Verbande der Schriftseher in Kopenhagen und den Buch-druckereibesitzern daselbst ausgebrochen, welche, wie wir vernehmen, jetzt zu einer Arbeitseinstellung der Verbandsseher führen. Die Prinzipale sollen allen denjenigen Sehern für nächsten Sonntag gelündigt haben, welche dann noch Mitglieder des Verbandes sein werden.

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstandes sind ernannt: Wilkau: C. Schmelzer; Niederplanig: E. Kähler, E. Wettermann; Neustadt a. d. H.: F. Guth; Frankenthal: F. Frank; Bremen: W. Heid; Ursprung: H. Tostmann.

Hamburg, den 1. November 1876.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Vorstand.
J. A.
C. Deroy, J. Auer, Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 23. Oktober 1876. Der 9. Jahrescongrès der englischen Gewerkschaften tagte vom 18. bis incl. 23. September in Newcastle on Tyne. Betreten waren 98 Vereinigungen mit 198,600 Mitgliedern durch 120 Delegirte. Das „parlamentarische Comité“ erstattet Bericht über das Jahr vom 13. Oktober 1875 bis 16. September 1876. Es hat angenommen an Beiträgen von den verschiedenen Gewerkschaften 640 Pfd. Sterl. 13 Shill. 4 Pence und ausgegeben für Congresskosten, Druckschriften, Gehalte etc. die Summe von 535 Pfd. Sterl. 8 Shill. 6½ Pence. An Erfolgen hat das Comité aufzuweisen:

- a) Die Amendirung des Trades-Unions-Act von 1871, welche die Vermögensbewegung dieser Gewerkschaften in Bezug auf ihre Beamten, Mitglieder und Verbindungen unter einander gesetzlich regulirt.
- b) Die Ernennung einer Commission zur Untersuchung der Zulänglichkeit der Haftpflichtgesetzbestimmungen. Die Commission sei in Thätigkeit und werde dieselbe vom parlamentarischen Comité sorgfältig überwacht.
- c) Das Handelschiffahrts-Gesetz sei nicht das geworden, was im Interesse der Humanität wünschenswerth wäre, indem die Regierung die Ablehnung der von Herrn Plimsoll vorgeschlagenen Amendements zu einer Parteifrage gemacht habe. Einer der Hauptpunkte, welche Plimsoll durchgesetzt, sei die Abschaffung der Verdeckelungen während der Wintermonate gewesen. Dieses weise und humane Verbot sei jedoch vom Oberhaufe wieder umgeworfen worden. Man müsse nunmehr mit dem Erreichten zufrieden sein und das Wirken des Gesetzes abwarten, bevor man eine abermalige Aenderung desselben beantragen könne.
- d) Die Gefängnißstrafe für Seelente wegen Con-

tractbruches sei im neuen Merchant-Shippings-Act* (1876) nicht aufgehoben. Dies sei eine ernste Ausnahme angesichts des Employer and Workmen-Act** (1875), welcher eine solche Bestrafung des Contractbruchs für industrielle Arbeiter auf dem Lande abgeschafft. Der Arbeiterdeputirte, Herr Burt, habe am ersten Tage der verfloffenen Parlamentssession eine Bill eingebracht, welche die Ausdehnung der Bestimmungen des Employer and Workmen-Act auf die Seelente in britischen Gewässern bezwecke. Die Bill kam nur bis zur 2. Lesung und das Comité hoffe, die Regierung werde die Sache in der nächsten Session in die Hände nehmen.

e) In Betreff der summarischen Jurisdiction der Magistrats-Richter habe das Comité das auf dem letzten Congrès beschlossene Memorandum dem Minister des Innern überreicht. Herr Croft habe die Deputation freundlich empfangen und versichert, daß die Regierung alles thun werde, was ihr gerecht und billig erscheine. Sane bei dieser Gelegenheit gemachte Bemerkung, daß von den 621,493 summarischen Verhandlungen mit 486,786 Beurtheilungen im Jahre 1874 nur in 107 Fällen die Verurteilung ergriffen wurde, sei so hinfällig gewesen, daß das Comité in einem weiteren Memorandum sich gegen diese Ziffern gewendet und dargethan habe, daß sie für die Güte oder Beliebigkeit der summarischen Verhandlungen nichts beweisen, wohl aber zeigten, daß das Appellationsrecht wegen seiner Kostspieligkeit für das ärmere Volk thatsächlich nicht existire. Das Comité habe den Verfolg der Sache den Händen des Herrn Hopwood anvertraut, welcher in der letzten Session schon 3 Mal zu Gunsten derselben das Wort ergriff und im nächsten Jahre wohl durchbringen werde.

f) Bezüglich der so notwendigen Reform der Strafgesetze sei das Comité in keine parlamentarische Aktion getreten. Auf eine Anfrage des Herrn Macdonald habe Herr Minister Croft erwidert, es sei die Absicht des Lord Chancellors (Justizminister), einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einzubringen. Dies sei nicht geschehen und der Congrès habe nun Gelegenheit, seine Meinung in dieser wichtigen Frage auszusprechen.

g) Ein neues Patent-Gesetz sei durch die Regierung dem Parlamente vorgelegt, jedoch der voraussichtlichen Opposition wegen wieder zurückgezogen worden, wahrscheinlich um in nächster Session durch ein besseres ersetzt zu werden.

h) Den Bericht der Fabriks- und Werkstätten-Gesetz-Commissionäre finde das Comité im Großen und Ganzen sehr befriedigend und hoffe, daß die Regierung auf Grundlage desselben legislativisch vorgehen werde.

i) Mit dem Centralrath der englischen Coöperativ-Gesellschaften sei das Comité in Verbindung getreten und werde sich bemühen, in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache im Allgemeinen und behufs Untersuchung der Produktionskostenfrage zur besseren Entscheidung über die Ansprüche von Kapital und Arbeit die beiden Bewegungen einander näher zu bringen und einerseits die Coöperatoren mit den Bestrebungen der Trades-Unionisten und andererseits die Letzteren mit den Bestrebungen der Ersteren besser bekannt zu machen.

k) Ueber das Wirken der Labour Laws (Arbeitergesetze) im Jahre 1876 spricht das Comité seine volle Befriedigung aus — weil ein Richter in Manchester das Gesetz in Bezug auf das Wachen ausstellen bei Strikes (Picketing) in einem für die Angeklagten günstigen Sinne anlegte. Die Thatsache, daß ein anderer Richter in Erith dieselbe Gesetzbestimmung in einem viel strengeren Sinne auffaßte, genirt die launigen Herren nicht im Geringsten, obgleich sie beweist, daß das Gesetz alles, nur nicht klar ist, also nichts taugt.

Dies das Wesentlichste aus dem Berichte des parlamentarischen Comité, welcher vom Congrès nach einer kurzen Debatte, in welcher von einem Redner hervorgehoben wurde, daß man nach dem neuen Labour Laws gerade so gut wegen „Picketing“ verurtheilt werden könne, wie nach dem alten, während ein anderer bemerkte, daß sich einzelne Stadtbehörden an das Gesetz gar nicht lehrten, und zum Beispiel in Glasgow bei Ausbruch eines Strikes einfach nach den dortigen Stadtpolizeigesetzen handelt werde, genehmigt wurde.

Herr Rolley (Sheffield) beantragt hierauf eine neue Constitution für die Trades-Unions-Congresse:

- 1) Alle „bona fide“ Gewerkschaften, welche auf Grund fester Statuten und 12 Monate vor dem stattzufindenden Congresse entstanden sind, unter und bis zu 2000 Mitglieder zählen, können einen Delegirten senden.
- 2) Alle Gewerkschaften mit über 2000 bis zu 5000 Mitglieder zwei Delegirte.
- 3) Alle Gewerkschaften mit über 5000 bis 10,000 Mitglieder drei Delegirte.
- 4) Allen Gewerkschaften mit über 10,000 Mitgliedern soll für je 5000 Mitglieder oder einen Bruchtheil von 5000 ein weiterer Delegirter gestattet sein.
- 5) Trades-Councils („Gewerkschaftsräthe“, in jeder Stadt von den dort befindlichen Trades-Unions in ein Comité constituirte zur prinzipiellen Leitung derselben) sollen nur für solche Gewerkschaften Delegirte senden dürfen, welche nicht in irgend einer anderen Form vertreten sind.
- 6) Jede repräsentirte Gewerkschaft hat zu den Auslagen des von dem Congresse gewählten parlamentarischen Comité pro Mitglied einen Jahresbeitrag von mindestens einen Farthing (etwa 2 Pfennig) zu leisten.

Herr Guile (London, englische Eisengießer-Gewerkschaft) unterstützt den Antrag, indem er auf die Anomalie hinweist, daß eine Gewerkschaft von 600 Mitgliedern gegenwärtig dasselbe Stimmrecht auf den Congressen habe, wie eine Gewerkschaft von 44,000 Mitgliedern.

Nach längerer Debatte wird der Gegenantrag Fyppatriä (Liverpool), daß man die alte Ordnung bestehen lassen solle, um auch den kleineren Gewerkschaften, welche zu den Auslagen des parlamentarischen Comité nicht so viel beitragen könnten, Gelegenheit zu geben, an den Congressen sich zu betheiligen, mit 74 gegen 21 Stimmen angenommen.

Der Rest des zweiten Tages wird durch die Discussion und Annahme dreier Dankesresolutionen ausgefüllt.

Mittwoch, 20. September. Der Secretär des parlamentarischen Comité, Herr Broadhurst, liest eine Abhandlung von Herrn Heinrich Crompton über die Codifikation der Gesetze. Die Bemühungen der Trades-Unionisten Englands zur Reformirung der Strafgesetze — sagt Herr Crompton — seien insofern bereits von gutem Erfolg gewesen, als sie die gesammte Politik und Haltung der letzteren wesentlich geändert hätten. Ob noch weitere Reformen nöthig seien oder nicht, die Gesetze seien auf soziale Gleichberechtigung basirt und nicht auf Klassenunterschiede. Außerdem seien gewisse sekundäre Umwandlungen erreicht worden. Als der Conspiracy-Act dem Angeklagten in manchen Fällen die Wahl eines Geschwornengerichtes ließ, wurde dadurch ein neues constitutionelles Prinzip theilweise

Gebildeter Vöbel. Der Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ wird „von durchaus zuverlässiger Seite“ berichtet: „Zu einem gewaltigen Auslaufe gab am Donnerstag Mittag ein ganz gemeiner Schurkenstreich Veranlassung. Eine hübsche junge Dame in eleganter Kleidung die Friedrichstraße in der Nähe der Behrensstraße mit einem durch Klebstoff auf den Rücken befestigten Palast, auf welchem mit großen lesbaren Lettern die Worten standen: „Herren-Kloster“. Dieser ungewohnte Anblick lockte den hohen und niederen Vöbel in Schaaren herbei, man belästigte die Aermste mit frechen Blicken und Worten, ohne daß diese die geringste Ahnung von der an ihr verübten Injurie hatte. Erst einem des Weges kommenden ihr bekannten Herrn, an den sich die auf's Aeußerste Geärgerte häßfölich wandte, war es vorbehalten, ihr den Jettel abzuerweisen. Beim Anblick des ominösen Schriftstückes drach die Bedauernswürthe mit einem herzzerreißenden Schrei zusammen. Die sofort von dem Vater der Dame — einem höhern Ministerialbeamten — angestellten Nachrecher haben ergeben, daß das Substanzial von dem Sohne eines heiligen Banquiers verübt war, gelegentlich des kurz vorher stattgehabten Besuchs der jungen Dame im Auftrage ihres Vaters in dem Komptoir des Banquiers. Der Niederträchtige suchte seine Handlungsweise damit zu entschuldigen, daß das junge Mädchen seine Liebesanträge zurückgewiesen habe und ihre Liebe einem Buchhalter seines Vaters, einem armen, aber braven jungen Manne, zugewandt hatte, der sie bei einem Familienfeste, zu dem er von dem Bruder seiner Braut geladen war, kennen und lieben lernte. Die Mißhandlung liegt schwer erkrankt am Nervensysteme darnieder. Leider wird diesem Schurkenfrevler die gebührende Strafe nicht folgen, da auf inständiges Bitten des alten rechtschaffenen Vaters des Elenden die schwer gekränkte Familie die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft nicht machen wird. Es bleibt in diesem Falle nur sehr zu bedauern, daß gegen den nichtswürdigen Suben nicht offiziell eingeschritten werden kann.“

Warum aber den Namen des Elenden verschweigen? An den Franzer mit solchem Gesindel! Ja, wenn es ein Arbeiter gewesen wäre, der sich einer ähnlichen Handlung schuldig gemacht hätte, dann würde man keine so zarte Rücksicht nehmen. Aber ein Fabrikantensohn — das ist etwas anders!

*) Alte (Gesetz) für Kaufahrer-Schiffe. **) Arbeitgeber- und Arbeiter-Acte. ***) achten, wirklich. *) Zusammenstellung in einem Gesetzbuch.

